

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreißigsten Teil einer Textzeile 1,25 RM. Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 30. Juni 1927

Nummer 150

Aufrüstung der Reichswehr Zugeständnisse an den Bürgerblock zum Krieg gegen die Sowjets Der Kaufpreis

Das Geheimnis der Stresemann-Chamberlain-Abmachungen beginnt sich zu lüften.

Der Ausgang der letzten Genfer Völkerbundskonferenz ist noch in aller Erinnerung. Briand's plötzliche „Erkrankung“ und Abreise, die überaus heftigen Angriffe, die noch am gleichen Tage in der deutschen bürgerlichen Presse gegen Frankreich folgten, die Sonderbesprechung Stresemanns mit Chamberlain vor ihrer Abreise aus Genf, Poincaré's sensationelle Warnrede in Lunéville ließen vermuten, daß es bei der Herstellung der antibolschewistischen Einheitsfront unerwartet zu schweren Konflikten gekommen war, zu Konflikten zwischen Stresemann und Chamberlain einerseits, und den französischen Imperialisten andererseits, die ihren Grund nur in den Vorschlägen oder Abmachungen der ersteren haben konnten, durch die der französische Imperialismus sich im Augenblick stärker bedroht glaubte, als durch die Bedrohung von Seiten der chinesischen Revolution, der Sowjetunion und der revolutionären Arbeiterbewegung. Nur so war die Haltung der deutschen imperialistischen Presse zu erklären, die ihre Angriffe auf Stresemann bald einstellte und offenkundig umschwenkte. Jetzt beginnt sich der Schleier zu lüften.

Es wird bekannt, daß die deutschen Imperialisten zunächst von England nicht mehr und nicht weniger erwarteten, als bestimmte Zusagen zur Unterstützung einer „Reorganisation der Reichswehr“, die praktisch zu bewerten ist als die Verdreifachung ihres Standes und ihre weitere Ausrüstung mit den jetzt noch fehlenden technischen Waffen, schwere Artillerie, Tanks, Flugzeugen usw., die sie zu einer kampffähigen Kriegsmarine machen würden, wenn die Pläne erfüllt würden, um die es geht.

Der Kaufpreis für das deutsche „Jünglein an der Wage“ ist entfällt. Ueber die Abmachungen und Zugeständnisse Chamberlains, die als Kaufpreis des Bürgerblocks zum Krieg gegen die Sowjetunion gemacht worden sind, wissen die gewöhnlich sehr gut informierten Zeitnotizen, eine linksbürgerliche Korrespondenz, Ausführliches zu berichten.

Wie die deutsche Kriegsmarine von Gnaden Chamberlains zustande kommen soll

Die Zeitnotizen berichten unter der Überschrift: „Vor einem zweiten Locarno“:

In Auswertung der Gespräche zwischen den in Genf anlässlich der Tagung des Völkerbundes versammelten Ministern und ihren Hochberatern und in Erwartung der in etwa sechs bis acht Wochen stattfindenden Entree des Locarnomächte zuzüglich Polens und der bei ihr zu fassenden Beschlüsse haben sich im Reichswehrministerium lange gehobte Pläne und Entwürfe einer Reform der deutschen Heeresverfassung zu einer Vorlage an die gesetzgebende Körperschaft verwickelt. Als diese ist der Reichstag anzusehen. Aber nachdem Deutschlands Wehrverfassung (Heeresstärke und Heeresgliederung) durch einen internationalen Vertrag festgelegt ist, muß, ehe ein diese Heeresverfassung änderndes Gesetz zur bindenden Annahme und Durchführung gelangen kann, die Zustimmung der Versailler Vertragspartner erreicht sein. Man ist der Ansicht, daß die eigentliche, den Beschluß der Völkerbundskonferenz präjudizierende Entscheidung auf der „zweiten Locarnotagung“ fallen wird. Danach also, d. h. in der Herbstsession, wäre die Vorlage an den Reichstag zu erwarten. Bei der Bedeutung des Gegenstandes scheint jedoch eine Besprechung im gegenwärtigen Augenblick nötig, da nach den bald zu erwartenden internationalen Abmachungen, deren Anwendung durch den Reichstag dadurch erschwert wäre, daß die von ihm geänderte Vorlage wieder an das Internationale Gremium zurückgehen muß. Es ist also nötig, sie — was hiermit geschieht — jetzt zur Diskussion zu stellen und zu verhindern, das lediglich die Offiziere, — die deutschen und ihre Kameraden aus anderen Ländern — souverän über die Volksangelegenheit entscheiden.

Die Vorlage will die Stärke der Reichswehr von hunderttausend Mann als Präsenzstärke unverändert lassen. Sie gliedert sich in zwei Hauptteile: Heeresgliederung und Heeresersatz.

Heeresgliederung

Statt sieben neuen Divisionen und dazu schwere Artillerie, Tanks und Flugzeuge

Die Reichswehr soll in Zukunft nicht mehr in sieben, sondern in acht oder neun Divisionen eingeteilt werden. Demnach ist auch die Zahl der Wehrkreise erhöht worden. Sie des Wehrkreises acht soll Breslau werden. In beiden die beiden Provinzen Schlesien, die bisher zum Wehrkreis drei (Berlin-Brandenburg) gehörten, dafür wird das Gebiet Grenzmark bisher zum Wehrkreis zwei (Stettin) gehörend, dem Wehrkreis drei angegliedert. Sollte die Errichtung einer neunten Division zu-

gestanden werden, so würde das Stabsquartier in Kassel eingerichtet werden. Der neunte Wehrkreis würde das Gebiet von Hessen-Thüringen — Regierungsbezirk Erfurt — Südhannover umfassen. Dann würde der Wehrkreis fünf (Stuttgart), der Baden und Württemberg umfaßt, und das Gebiet von Franken erweitert werden, das vom Wehrkreis sieben (München) abgetrennt würde. An Reformen ist ferner vorgesehen: Die bisher bei jedem Infanterie-, Kavallerie- und Artillerie-Regiment bestehende Ausbildungsbataillone, Eskadronen und Batterien werden aufgelöst.

Für jede Division ist die Errichtung eines Bataillons zu drei Batterien schwerer Artillerie vorgesehen, von denen je zwei mit fünfzehn Zentimeter-Haubitzen, eine mit zehn Zentimeterlangrohrkanonen ausgerüstet werden sollen. Ferner erhält jede Division eine Platzbatterie zu sechs Kraftwagengeschützen, eine Tankkompanie und eine Fliegerkompanie mit einer Staffel von acht bis zehn Flugzeugen.

Bei jedem Pionier-Bataillon und bei jeder Nachrichten-Abteilung soll eine dritte Kompanie errichtet werden. Die erste (ostpreussische) Division soll um ein Infanterie-Regiment vermehrt werden. Zur Durchführung dieser Veränderungen innerhalb des hunderttausend-Mann-Heeres glaubt man mit einer Erhöhung der Offizierszahl von 4300 auf 5000 auszukommen, einschließlich Sanitäts- und Veterinär-Offizieren.

Die Verbreifachung des Mannschaftsstandes

Hier sucht man vor allem von der Bindung an die zwölfjährige aktive Dienstzeit loszukommen. Man will schon in der kurzen Zeit des Bestehens der Reichswehr die Erfahrung gemacht haben, daß die lange dienenden Mannschaften verdrossener werden und durchaus nicht die unbedingt zuverlässige Truppe in der Hand der Offiziere sind, auf die man gehofft hatte. Länger als drei Jahre glaubt man die Truppe nicht mit Ruhe in der Linie halten zu können, wenn auch die zwölfjährige Dienstverpflichtung beibehalten werden soll.

Eine Antwort Rykoffs

Wie die Inzestoff meldet, gab Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare auf das von Führern der englischen Arbeiterpartei in der Angelegenheit der Hinrichtung der zwanzig Konterrevolutionäre gerichtete Telegramm folgende Antwort:

„Ihr Telegramm ist offenbar auf die Veröffentlichung des Urteils der kantischen politischen Verwaltung gegen die zwanzig Weingardisten wegen Organisation der Spionage gegen die Sowjetunion und des Terrors gegen führende Persönlichkeiten in der Sowjetunion zurückzuführen. Obwohl dieses Urteil gegen aktiv weingardistische Konterrevolutionäre, deren Schuld dokumentarisch bewiesen ist, gefällt wurde, wird es im Auslande zur Aufreizung der öffentlichen Meinung gegen die Sowjetunion weitgehendst ausgelegt.“

Im Zusammenhang mit diesem Urteil werden durch die Auslandspresse, die dem proletarischen Staat feindselig gegenübersteht, zahllose Lügen und Verleumdungen verbreitet. Der unmittelbare Zweck dieser Zeitungskampagne ist das Bekreben, die Aufmerksamkeit von der Kriegsgefahr, die der Sowjetunion droht, und von den neuen Abenteuern, die mit der materiellen und moralischen Unterjochung des konservativen Kabinetts in Großbritannien gegen die Sowjetunion in Vorbereitung sind, abzuwenden. All dies veranlaßt mich, Ihr Telegramm mit einiger Ausführlichkeit zu beantworten.“

Das Urteil der kantischen politischen Verwaltung wird in Ihrem Telegramm „eine Hinrichtung ohne Gerichtsverfahren“ genannt. Dies ist unrichtig. Nach dem Gesetz unseres Staates ist das Kollegium der kantischen politischen Verwaltung in jenen Fällen zuständig, in denen es notwendig ist, ein aktives Vorgehen der Konterrevolution zu bekämpfen. — In diesen Fällen hat es die Rechte des Revolutionstribunals. Demnach ist das Kollegium der kantischen politischen Verwaltung ein Ausnahmegericht, das formal jenen Ausnahmegerichten analog ist, wie sie in allen bürgerlichen Staaten bestehen.

Allerdings besteht dabei ein prinzipieller Unterschied: Das Sowjetgericht prüft die Konterrevolutionäre, während die Gerichte in bürgerlichen Ländern die revolutionären Arbeitergelehrten. Ich möchte Sie daran erinnern, daß die außerordentliche Kommission, die in der Zeit des Interventions- und Bürgerkrieges bestand, sofort aufgelöst wurde, als es dem Sowjetstaate gelang, die von Churchill organisierten und finanzierten Interventionstruppen zu vertreiben und den Sieg über die Konterrevolution zu erringen. Durch diesen Akt bewies der Sowjetstaat, daß er es für möglich erachtet, in der gegenwärtigen Situation zu den früheren Methoden zum Schutze der Sowjet-

Es mühte also jährlich ein Drittel der Mannschaften, rund 30 000 Mann zur Reserve entlassen werden.

Wie diese gedienten und weiter der Armee auf neun Jahre zur jederzeitigen Einrückung verpflichtet bleibenden Soldaten wieder in das Volk eingegliedert werden sollen, bedeutet ein besonderes Kapitel der künftigen deutschen Innenpolitik. Ein Teil von ihnen soll in Polizei-, Post- und Eisenbahndienst Verwendung finden, in letzterem nicht nur zur Bedienung der Eisenbahn-Panzerzüge, die für Strecken und Unruhen bereitstehen, sondern auch im zivilen Dienst, wo man sich manches von ihnen verspricht. Doch ist man sich nur darüber, daß das nur ein Bruchteil sein kann. Ein weiterer Bruchteil soll in der Industrie untergebracht werden! Man nimmt an, daß sie in ihrem Charakter als gediente Soldaten gern als Aufseher, Wächter, Kontrolloren und dergleichen genommen werden.

Für das Gros der Reservisten aber soll ein breiter Geländebereich längs der preussischen Grenze als landwirtschaftliches Siedlungsgebiet bereitgestellt werden.

Man hofft, auf diese Weise sowohl die Siedlungspläne der preussischen Staatsregierung zu erfüllen, als auch eine Militärreserve zu schaffen, die nicht überannt werden kann. Durch diese Institution soll also das Heer nach Ablauf von zwölf Jahren außer den hunderttausend Mann aktiven auf eine sich danach erneuernde Reserve von 300 000 Mann gebracht sein. Die Reichsregierung soll selbständig, ohne Beiraten des Reichstages diese Reserve einberufen können. Wie man sich die Lösung der Offiziersfrage für die Reservearmee denkt, zeigt teilweise der von den Zeitnotizen in Nr. 140 vom 28. Juni veröffentlichte Erlaß des General Dene, wonach jährlich aus der Armee 61 Subalternoffiziere zur Disposition zu stellen sind. In der Militärliste sollen diejenigen Offiziere aller Grade Anstellung finden, die nach sechs-, zehn- und fünfzehnjähriger Dienstzeit zur Entlassung kommen. Ferner sollen auch wieder Akademiker als Reserveoffiziere Verwendung finden können! Nach zwölfjähriger Dienstzeit, die ihnen je zur Hälfte auf Studium und Praktikum angedreht wird, leisten sie in den letzten Lehrgängen, nach deren Abschluß die Ernennung zum Reserveoffizier erfolgt.

In diesen Tagen der verächtlichen Kriegsgefahr bejagen die Mitteilungen der Zeitnotizen genau. Sie sind der letzte Ge-

macht gegen die Konterrevolution lediglich in außerordentlichen Fällen zu greifen, also dann, wenn man durch neue Anschläge weingardistischer Verschwörer dazu gezwungen ist.

Der Nord über Hamburg nach China

Deutsche Waffentransporte für die künftigen Genet-generalen. — Hamburger Großhändler als Waffenhändler Hamburg, 30. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Hamburger Volkzeitung teilt mit, daß der Haupttransport der Munition und Waffen nach Nordchina der Bundes des Hamburger Bürgerkriegs ist. Es handelt sich um den Importeur und Exporteur Rudolf Peterzen, der bereits seit Januar-Februar den Transport von Waffen nach Nordchina vornimmt. Seitdem die Keeser beschloßen haben, daß keine Waffen mehr nach Nordchina gelandt werden sollen, deportiert Peterzen die Waffen nach dem japanischen Hafen Kobe. In Wirklichkeit gehen die Waffen direkt nach China oder über Kobe nach China. Die Hamburger Volkzeitung hat hierfür dokumentarische Beweise in der Hand. Wenn im Januar-Februar drei Schiffe mit Revolvern abgegangen. Im März und April folgten Transporte Motorräder und Revolver. Noch im Juni gingen Waffensendungen vor sich.

Die Hamburger Volkzeitung wird in den nächsten Tagen weitere aufsehenerregende Enthüllungen bringen, die beweisen werden, daß die in den letzten Jahren von Deutschland nach Nordchina abgegangenen Waffentransporte ausschließlich den Genet-generalen zugute gekommen sind, mit Beteiligung von deutschen Finanzmännern und Unternehmern.

So also jahren trotz aller Dementis doch um Woche die Todeswaffen nach Nordchina, bestimmt zur Ermordung zehntausender chinesischer Arbeiter und Bauern. So sieht die Neutralität des Bürgerblocks aus. Was heute zur Unterstützung des imperialistischen Nordens in China getan wird, das wird man morgen gegen die Sowjetunion tun. Die Veröffentlichungen der Hamburger Volkzeitung, die morgen noch weitere Dokumente für die Waffensendungen deutscher Finanzmänner und Unternehmern der Öffentlichkeit übergeben wird, werden hinter die Kulissen. Der Schwindel von der deutschen Neutralität wird damit vor der gesamten Arbeiterschaft entlarvt.